

**David Landes:**  
**Wohlstand und Armut der**  
**Nationen. Warum die einen reich**  
**und die anderen arm sind,**  
 Siedler Verlag, Berlin 1999,  
 684 S. (68,00 DM)

Dickleibige Folianten stoßen heutzutage nicht selten auf Skepsis, bei Lesern wie bei Rezensenten – es gibt bereits allzu viele Bücher, die ganz oder wenigstens zu einem Teil überflüssig sind. Lehnt sich der Titel dann auch noch an einen Klassiker wie Adam Smith: »Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen« an, so wächst das Mißtrauen. Ob zu Recht oder zu Unrecht, läßt sich nur durch die Lektüre entscheiden und die ist in diesem Fall mit einigem Aufwand verbunden.

David S. Landes, Jahrgang 1924, ist Emeritus der Harvard University. Er veröffentlichte in der Vergangenheit eine Reihe wirtschaftsgeschichtlicher Arbeiten. Sein bekanntestes Werk erschien 1973 in Deutschland unter dem Titel »Der entfesselte Prometheus«. Das vorliegende Buch ist hinsichtlich Umfang und Anspruch ganz sicher sein Opus magnum. In der Presse wurde es gleich nach seinem Erscheinen als »das kühnste und ehrgeizigste Geschichtswerk« der letzten Jahrzehnte gefeiert, als ein »Glückstreffer der Wirtschaftsgeschichtsschreibung« (Die Zeit 42/1999) und »ein Werk von enormer Bedeutung für alle, die sich auf intelligente Art mit der Geschichte der Weltwirtschaft befassen möchten« (Klappentext).

Das Lob scheint übertrieben, zumal es ähnliche Werke gibt, in welchen ähnliche Auffassungen mit dem gleichen Anspruch vertreten werden. Als Beispiel sei das Buch »Der Triumph des Abendlandes. Eine neue Deutung der Weltgeschichte« (1986) von J. M. Roberts genannt. Unstrittig ist jedoch, daß es sich bei dem Buch von Landes um ein gewichtiges Stück Prosa handelt. Immerhin geht es um mehr als 600 Jahre Weltgeschichte, die hier vornehmlich unter wirtschaftshistorischem Aspekt und aus amerikanischer Perspektive behandelt werden. Dabei ist das Werk weder eine »Weltgeschichte« der Wirtschaft noch eine »Wirtschaftsgeschichte« der Welt. Auch

keine »Kulturgeschichte«, »Geschichte der Zivilisation« oder dergleichen. Am allerwenigsten aber ist es ein wirtschaftstheoretisches Werk. Das eingangs bei J. M. Keynes aus einem Brief von Malthus an Ricardo zitierte Motto, »the causes of the wealth and poverty – the grand object of all enquiries in Political Economy«, ist hier, streng genommen, fehl am Platze, denn das Buch ist keine Abhandlung der Politischen Ökonomie. Die Frage, warum bestimmte Länder reich wurden, andere aber arm geblieben sind, wird hier nicht analytisch behandelt, sondern deskriptiv, nicht systematisch, sondern exemplarisch.

Der Autor entwirft über 29 Kapitel und mehr als 600 Seiten hinweg ein vielfarbiges Geschichtspanorama von enormer Breite und großer Anschaulichkeit, aber wenig theoretischem Gehalt. Er erzählt Wichtiges und Unwichtiges, Bekanntes und Neues, Interessantes und Uninteressantes, Wesentliches und Überflüssiges. Die Wertung bleibt jeweils dem Leser überlassen. Im Ganzen betrachtet ist das Buch, wie meistens Werke dieser Art, viel zu breit angelegt, zu weit ausholend und vom Thema abschweifend, in der Darstellung zu geschwätzig, mitunter langatmig und oft zu sehr ins Detail gehend. Da die Theorie fehlt, fehlt auch der rote Faden.

Neben neuartigen Einsichten, Entdeckungen und Fakten, deren Lektüre gewinnbringend ist und sich lohnt, strotzt das Buch ebenso von Nebensächlichkeiten und Überflüssigem. So erfährt der Leser zum Beispiel Interessantes über China, unter anderem über den Schußwaffengebrauch im 17. Jahrhundert. Es wird aber auch ausführlich über die Verwendung getrockneter Exkreme als Munition berichtet (vgl. S. 69), eine Nebensächlichkeit und Kuriosität, die in eine Fußnote gehört. Dagegen findet die eminent wichtige Frage, warum die Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Regionen der Erde so unterschiedlich verlaufen ist und immer noch verläuft, keine hinreichende Erörterung, geschweige denn eine Antwort.

In der Einleitung seines Buches führt Landes an, daß sich die Kluft zwischen dem Pro-Kopf-Einkommen der reichen Industrieländer und der ärmsten Länder der Welt in den letzten 250 Jahren enorm vergrößert hat, von etwa 5:1 auf 400:1 (vgl. S. 16). Damit ist das

Hauptproblem markiert und der Anspruch des Buches gesetzt, nämlich die Erklärung dieser Divergenz. Da es auf der Hand liegt, daß es sich bei dieser Frage um ein vielschichtiges Problem handelt und daß es für die Wohlstandspolarisierung eine Vielzahl von Determinanten gibt, ist weniger die Darstellung derselben von Interesse als ihre Wertung.

Und hier geht Landes durchaus eigene Wege, indem er Faktoren wie die klimatischen Verhältnisse, die geographische Lage, die traditionellen Moralvorstellungen und Religionslehren u.ä. in ihrer Bedeutung für die Entwicklung relativ hoch veranschlagt, militärische Gewalt, koloniale Ausbeutung und dergleichen dagegen verhältnismäßig gering. So sieht er zum Beispiel Englands Aufstieg zur »ersten Industrienation« wesentlich als eine Folge vorsichtiger und allmählicher Kapitalakkumulation an (»langsam und sachte« – S. 271) und nicht etwa als das Ergebnis revolutionärer Veränderungen. Und das Zurückbleiben bestimmter Länder in der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung führt er wesentlich auf »die Unfähigkeit, mit dem Geld zu arbeiten« (S. 283) zurück, als Ausdruck »sozialer, kultureller und technologischer Unfertigkeit«.

Wirtschaftshistorische Fakten spielen in seiner Argumentation keine große Rolle. Zahlenreihen oder Tabellen gibt es in dem Buch fast überhaupt nicht. Dafür aber eine Vielzahl merkwürdiger Begründungen. So zum Beispiel, wenn er die Grenzziehung des Inkareiches damit begründet, daß sich die Inkas »in dichtem Wald nicht zu Hause fühlten« (S. 127). Da es in der historischen Forschung für derartige Hypothesen kaum Belege gibt, liegt es letztlich beim Leser, über derartige »Erklärungen« zu staunen oder zu lachen.

Positiv hervorzuheben sind unter anderem das 12. Kapitel »Gewinner und Verlierer: Die imperiale Bilanzrechnung« (S. 186ff.) und das 15. Kapitel »England und die anderen« (S. 230ff.), vor allem auch wegen ihrer vergleichsweise straffen Darstellung und überblickartigen Zusammenfassungen. Relativ gut lesen sich auch die Abhandlungen über China und Japan, weil sie den Blick weiten und bemerkenswerte Ansätze enthalten, um die europa- bzw. amerikazentrierte Sicht zu überwinden.

Dem Text ist ein umfangreiches Quellenverzeichnis beigelegt, welches Landes als langjährigen und breit recherchierenden Forscher ausweist. Dem Verlag ist zu danken für die vorbildliche Gestaltung des Werkes und die rasche Fertigstellung der deutschen Ausgabe.

ULRICH BUSCH

Bernd Gehrke,  
Wolfgang Rüdtenklau (Hrsg.):  
... das war doch nicht unsere  
Alternative. DDR-Oppositionelle  
zehn Jahre nach der Wende.  
Verlag Westfälisches Dampfboot.  
Münster 1999, 447 S. (58 DM) (I)  
Dirk Rochtus:  
Zwischen Realität und Utopie.  
Das Konzept des »dritten Weges«  
in der DDR 1989/90.  
Leipziger Universitätsverlag  
Leipzig 1999, 310 S. (49 DM) (II)

Wollte das DDR-Volk im Herbst 1989 tatsächlich nur den kurzen Weg zur deutschen Einheit? Standen allein Reisefreiheit und die Segnungen des westlichen Wirtschaftswunders auf der Wunschliste der Noch-DDR-Bürger? Waren der Mauerfall und die Wahnsinns-Wiederbegegnung von deutschen Ost und West der eigentliche Höhepunkt, das Ziel der DDR-Bürger, die im Herbst 1989 die Nase voll hatten und in Leipzig, Berlin und dann republikweit auf die Straße gingen? Welche Rolle spielten diejenigen, die ihnen die Stichworte, Losungen und Organisationsformen gaben?

Hier ist auf zwei Publikationen zu verweisen, die so gar nicht in die offizielle Lesart einer »antitotalitären Revolution für die deutsche Einheit« passen, weil sie die Beweggründe zumindest der neuen politischen Akteure im Herbst 1989 näher zu zeichnen suchen: der Bürgerbewegungen und der SED-Reformer für eine souveräne DDR auf der Basis eines demokratischen Sozialismus.

Der Charakter beider Bücher ist unterschiedlich, die Methodik ebenfalls, genauso

die Lesarten. Aber die Befunde fallen ähnlich aus: Es ging im Herbst 1989 für diejenigen, die sich an die Spitze von Unmut und Aufbegehren setzten – für die Bürgerbewegten ebenso wie die SED-Reformer um einen anderen Sozialismus – in einem eigenen Staat.

Es werden aber auch jene Gründe deutlich, die beide Grundströmungen daran hinderten, damals zu einem dauerhaften Bündnis zu kommen, und die trotz manch gemeinsamer Einsicht deren heutige Akteure immer noch gelegentlich mehr trennen als verbinden. Vor allem aber wird sichtbar, warum diese unbequemen Vorreiter einer erneuerten Gesellschaft sehr schnell die ursprüngliche Interessenübereinstimmung mit dem endlich aus seiner Apathie erwachten Volk verloren.

Bernd Gehrke und Wolfgang Rüdtenklau haben zehn Jahre nach der Herbstrevolution von 1989 damalige Akteure zu mehr oder minder fundierten theoretischen Aussagen bewegt, die die einstige Sicht mit der Analyse aus der Distanz eines historischen Scheiterns verbindet. Situationsanalysen, Bewegungsstudien und theoretische Modelle des Gewesenen stehen im Mittelpunkt, ergänzt um eine bemerkenswert kritische und verallgemeinernde Sicht auf die damaligen Bewegung mit ihren Leistungen und Grenzen.

Dirk Rochtus legt dagegen eine klassische politologische Arbeit vor. Sein Vorteil: Er ist nicht Betroffener. Als junger niederländischer Wissenschaftler nähert er sich unbefangen der Geschichte, spürt die historischen Rahmenbedingungen auf und nimmt die programmatischen und tagespolitischen Aussagen der damaligen Akteure zu ihrem historischen Nennwert.

Sein Leitmotiv, genauer nach den Intentionen eines »dritten Weges« jenseits von Stalinismus und Kapitalismus zu fragen, greift jene kritischen Diskussionen auf, die den Wende-Herbst 1989 und eigentlich weite Strecken der innersozialistischen Auseinandersetzung erfaßt. Denn zumindest seit dem Revisionismus-Streit in der deutschen Sozialdemokratie und der späteren Spaltung der Arbeiterbewegung stand (und steht) die Frage nach einer demokratischen Variante sozialistischer Umwälzung unter sich verändernden und den Kapitalismus wandelnden Bedingungen. Berechtigt verzichtet Rochtus auf eine geschlossene Definition eines solchen Weges. Seine Be-

funde, wie letztlich auch die bei Gehrke/ Rüdtenklau, zeigen die Vielgestaltigkeit dieses Weges, seine Unentschiedenheit, die deutlichere Klarheit über das, was nicht gewollt wird als die Sicherheit über Strategien und Methoden, um die an Idealen und Visionen ausgerichteten Ziele zu erreichen.

Dabei war 1989 naturgemäß die Frage des 3. Weges auf eine Alternative zu Kapitalismus und (stalinistischem) Realsozialismus zuge-spitzt. Für Rochtus gingen deshalb die Ansätze im Wendeherbst »von einem Sozialismus (aus), der auf freier Basis entstehen sollte, ohne daß eine ›Administration‹, eine ›Bürokratie‹ als Instrument der führenden Partei die Menschen zum Sozialismus zwingen müsse« (II/S. 48). Für ihn gibt es dabei wesentliche Übereinstimmungen zwischen den Bürgerbewegungen und den dissidentischen SED-Intellektuellen, die sich im Dezember 1989 dann auch beim Außerordentlichen Parteitag in der nunmehrigen SED-PDS durchsetzen konnten. Für ihn ist der Begriff »Dritter Weg« eben ein übergreifender für unterschiedliche (linke) Strömungen. Ihnen gemeinsam ist die Ablehnung von politischer Alleinherrschaft, sie setzen sich mit den negativen Verzerrungen des praktizierten »Sozialismus« auseinander und greifen auf reformsozialistische Ideen der fünfziger und sechziger Jahren (Freiheit, Marktprinzipien) zurück. Bei aller Unschärfe ihres alternativen Sozialismusbildes vereint sie der Glauben an ein demokratisches Wesen des Sozialismus.

Es geht beiden Büchern um das Rekonstruieren des kritischen Ansatzes von 1989 mit seinen Hoffnungen, Erwartungen und Grenzen. Rochtus bekennt sich stärker als die bürgerbewegten Autoren zu seinem »liberalen Rechtsstaat«. Trotzdem hält er »ein moralisierendes Verurteilen anno 1998 aus dem bequemen Wissen heraus, daß die DDR gescheitert ist oder scheitern mußte, für ein Hindernis dabei, herauszufinden, was die Anhänger des Dritten Weges zu Zeiten der DDR dachten und anstrebten und was davon heute in der Bundesrepublik fortbesteht«. Er will nicht »Richter« in dieser Sache sein (II/S. 19).

Die Bürgerbewegten im Sammelband – vornehmlich dem linken Flügel zugehörig (teilweise aus der Vereinten Linken hervorgegangen) – bekennen sich nachdrücklicher zu einer

kritischen Sicht auf die heutige kapitalistische Gesellschaft. Sie meinen, daß wir »über 1989 noch einmal sprechen müssen«. Denn die Gesellschaft eines triumphierenden Privateigentums sei nicht ihr Ziel gewesen. Ihr Fazit: »Die Osteuropäer hatten das historische Pech, daß ihr Sprung in den Westen erfolgte, als die Sonne der sozialen Marktwirtschaft, die Jahrzehnte lang aus den Metropolen des Nord-Westens auf sie strahlte, schon weitgehend untergegangen war. Das Pech der Ostdeutschen war, daß ihr Sprung dazu beitrug, den Untergang jenes Systems in Westdeutschland zu beschleunigen. So konnten die einen wie die anderen nie dort ankommen, wohin sie aufgebrochen waren, in den Wachstums- und Sozialstaatskapitalismus der Nachkriegszeit. Dieser gehörte der gleichen untergegangenen Epoche von Industriegesellschaften an wie das sowjetische Imperium, das aus der nachholenden Industrialisierung Rußlands hervorgegangen war.« (I/S. 435)

Bei Gehrke/Rüddenklau finden sich bemerkenswerte Beiträge zu einzelnen Aspekten einer prosozialistischen Opposition in der DDR. Sie schöpfte ihre Kraft aus den Erfahrungen von 1968 und besonders aus den Ideen der Perestrojka, die auch für die kritischen SED-Mitglieder Voraussetzung zur Befreiung von Parteidisziplin und Denkverboten war.

Klaus Wolfram schreibt zur DDR-Opposition vor 1989, ihrem antistalinistischen, aber prosozialistischen Charakter. Am Beispiel der Szene in Prenzlauer Berg vermutet Lothar Feix, daß die (von der SED-Führung gewollte) DDR eigentlich schon vor der Wende nicht mehr existierte. Beiträge von Christian Halbrocks zur unabhängigen Umweltbewegung oder von Dirk Moldt zur »Offenen Arbeit Berlin« und der »Kirche von Unten« ebenso wie von Samirah Kenawi zur Arbeit von Frauengruppen und Marinka Körzendörfer zum Entstehen einer Lesbenbewegung erinnern an basisdemokratische Ansätze einer alternativen, aber nicht sozialismusfeindlichen Zivilgesellschaft.

Den gegen beide Systeme in Ost wie West gerichteten Ansatz verdeutlicht Herbert Mißlitz mit seinem Aufsatz zum IWF, der 1988 in Westberlin stattfand und dort auf erhebliche Proteste stieß, die auch in Ostberlin einen Widerhall fanden.

Die Bürgerbewegten wollten 1989 eine Gesellschaft verwirklichter sozialer und politischer Gleichheit. Entsprechend positiv fallen die Bewertungen der Aktivitäten der Bürgerbewegungen und politisierten Bürger aus. Thomas Klein betont die Rolle des Runden Tisches. Er gibt der inkonsequenten Modrow-Regierung die Schuld, daß dieser demokratische Ansatz für eine Behauptung der DDR-Identität zu wenig genutzt wurde. Renate Hürtgen schreibt sachkundig zu dem bislang nur unzureichend aufgearbeiteten und verdrängten Thema der Demokratieversuche in den Betrieben im Herbst und Winter 1989/90.

Die Bürgerbewegten lassen keinen Zweifel: Ihre Kritik an DDR-Gesellschaft und -Wirtschaft ist radikal. Aber sie ist keine promarktwirtschaftliche Kritik. Das verdeutlichen die Aufsätze von Sebastian Gerhardt, Johanna Link und Stefanie Hürtgen. Sie lehnen letztlich eine warenförmigen Wirtschaft und deformierende Erwerbsarbeit ab. Darum haben sie teilweise auch mit den moderne-freundlichen SED-Reformern des Herbstes 1989 und der PDS wenig am Hut. Für sie ist insofern ein Ankommen im vereinten, größer und mächtiger gewordenen Deutschland nicht zu erwarten. Auch daran unterscheiden sie sich vom dominierenden Reformflügel der PDS.

Sie bleiben unangepaßt. Wie sie mit ihren Positionen allerdings Mehrheiten erreichen können, bleibt offen. Eine Elite zu sein, das schließen sie sicher aus. Nur, unangepaßte Ideen ohne Vermittlung an die weniger Ausgewählten laufen vielleicht doch Gefahr, elitär zu sein. Der Umgang mit der nationalen Frage 1989 hat dies bestätigt. Wenn Oliver Kloss fragt, ob Arbeit frei macht und dies verneint, wenn Gerold Hildebrand an Wehrpflichtverweigerer in der DDR und in der neuen Bundesrepublik erinnert (einzelne Totalverweigerer wurden gelegentlich von der Justiz beider Staaten verfolgt), dann ist das Bekenntnis zu anarchistischen und pazifistischen Positionen bei manchen der Autoren unüberhörbar.

Berechtigt verweist der Sammelband auf historische Alternativen. Was wäre mit einer DDR-Revolution erst im Jahre 1991 geschehen? Ein interessantes Gedankenexperiment: Kohl abgewirtschaftet, in Bonn zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich Rot-Grün an der

Macht ... Die Bürgerbewegten (und die SED-Opposition) hatten Positionen, die durchaus der Entwicklung in der alten BRD und im Westen der achtziger Jahre entsprachen. Sie wären kompatibel gewesen (vgl. I/S. 430).

Eine reformierte DDR hätte in einen solchen Prozeß viel einbringen können. Volksabstimmungen, keine Fünf-Prozent-Klausel, Bürgerbewegungen als politische Einmischer, die Gleichstellung aller sozialen und politischen Gruppen, besonders der Frauen, Verbandsklage, ein soziales Schutzsystem mit klaren Staatspflichten, weitgehende Gewerkschaftsrechte, keine Aussperrungen, paritätische Mitbestimmung in der Großindustrie, die Marktwirtschaft als volkswirtschaftliche Grundlage mit Mischformen des Eigentums, aber einer durchgesetzten sozialen Regulierung der Wirtschaft. Gehrke fabuliert schließlich: »Betrachtet man die programmatischen Äußerungen all dieser Gruppierungen im Zusammenhang mit jenen Dokumenten, die am Runden Tisch erarbeitet wurden, so lassen sich einige gemeinsame Grundzüge jener künftigen DDR in den Vorstellungen ihrer politischen Träger ausmachen. ... Danach wäre die DDR eine parlamentarische Demokratie mit wesentlich mehr, vor allem partizipatorischen und moderneren Bürgerrechten geworden, als sie in der Bundesrepublik vorhanden sind, sie hätte so bessere Bedingungen für die einzelnen Bürgerinnen und Bürger geboten, in die Politik einzugreifen.« (I/S. 419)

STEFAN BOLLINGER

**Werner Seppmann:**  
**Das Ende der Gesellschaftskritik?**  
**Die ›Postmoderne‹**  
**als Ideologie und Realität,**  
**PapyRossa Verlag Köln 2000,**  
**297 S. (36,00 DM)**

Um die Vorläufigkeit seiner Interpretationen zu unterstreichen, stellt Seppmann eine Auswahl seiner Arbeiten in essayistischer Form vor. Dies hängt gewiß auch mit der Eigenart des Gegenstandes zusammen, mit dem Bemühen des Postmodernismus, sich durch eine extrem unsystematische, nachgerade exklusive Denkungsart und Diktion, durch die

Ablehnung selbstreflexiver Theorietradition, den Verzicht auf Stringenz und die Ablehnung wissenschaftlicher Selbstbegründung gegen Kritik zu immunisieren.

Das Essayistische bedeutet jedoch nicht im mindesten Zweideutigkeit oder Unentschlossenheit in der Aussage. Den Wert der Publikation sehe ich gerade darin, daß nicht nur immanente Kritik geübt, sondern entschieden Gegenposition zum Kritisierten bezogen und dabei um drängende und heikle Probleme dieser Zeit kein Bogen gemacht wird. Theoretische Paradoxien und methodische Kapriolen postmoderner Philosophie werden ebenso vorgeführt wie deren katastrophale Konsequenzen für eine an den Erfordernissen der Gegenwart orientierte geistige Bewältigung der Probleme der sozialen Wirklichkeit – die Immunisierung wesentlicher Zusammenhänge, Vermittlungen und Widersprüche gesellschaftlicher Entwicklung gegen Erkenntnis und Kritik, die Denunziation systematischen Denkens und der Vernunft als Repression, Totalitarismus und Terror.

Seppmann begnügt sich jedoch nicht mit der theoretisch-begrifflichen Kritik. Immer wieder verfolgt er die soziale und gnoseologische Genese postmoderner Theoreme aus den krisenhaften Prozessen und Konstellationen der Realität und verbindet dies mit der ideologiekritischen Analyse ihrer weltanschaulichen Funktion. Überlegungen und Einsichten von Lyotard, Baudrillard, Derrida und anderen kann weder abgesprochen werden, daß sie reale Krisensymptome aufgreifen, noch, daß ihre Diagnosen von gesellschaftskritischen Intentionen getragen sind. Die Crux ist, daß infolge der selbstauferlegten Denkverbote, durch Inkonsequenz oder durch Verschleierung der eigentlichen Ursachen beschriebener Phänomene realistische Reflexionen zu oft in oberflächliches Raisonement, in falsches Bewußtsein oder Apologie umschlagen und so die notwendige und angemessene Kritik neutralisieren.

Ein Vorzug der Arbeit besteht darin, daß generelle Einschätzungen mit konkreten Befunden verknüpft werden. So werden beispielsweise medientheoretische Analysen der Postmoderne nicht nur als zeitgemäße Verarbeitung besorgniserregender Tendenzen neuerartiger Manipulation dargestellt, die allerdings

in der Regel technikkritisch der Oberfläche der Probleme verhaftet bleibt. Mit Nachdruck wird darüber hinaus das Ineinandergreifen medialer Einflüsse einerseits, sozialer und personaler Deformationen im Gefolge der »normalen« Entwicklung spätkapitalistischer Lebens- und Produktionsverhältnisse andererseits als Resonanzboden für die Wirkung und Akzeptanz dieser Einflüsse demonstriert. Modernste Informationstechnik vermag die unheilvollen Wirkungen politisch gesteuerter Manipulation zu verstärken und zu beschleunigen oder auf dem Wege zunehmender Ästhetisierung die Regression des Politischen zu befördern – der Charakter interesselieferter und an den Erfordernissen der Kapitalherrschaft orientierter Politik ändert sich dadurch um kein Jota.

In einem Kapitel unter der Überschrift »Philosophie der Versöhnung oder Theorie des Widerspruchs?« erfolgt eine Auseinandersetzung mit dem moralisch getönten Postulat einer unhintergehbaren Heterogenität der Diskursarten bzw. der These einer unüberschreitbaren Differenz von all und jedem, eines »radikalen Pluralismus« (Wolfgang Welsch). Gezeigt werden nicht nur der innere Widerspruch dieser Setzungen (Relativismus als absolutes Prinzip – vgl. S. 101, 104), sondern ihre ideologisch affirmativen Konsequenzen. Es sind eben in der gesellschaftlichen Realität keine »gleichgewichtigen Positionen«, die im Lyotardschen »Widerstreit« miteinander liegen. Die These einer prinzipiellen Relativierung aller normativen Maßstäbe und jeglicher Wahrheit wird gebraucht, »um für die antizivilisatorischen Konsequenzen der herrschenden Vergesellschaftungsprinzipien Zustimmung zu erlangen« (S. 105). Auf der Grundlage einer verabsolutierten Pluralität kann – wendet Seppmann zu Recht ein – nicht mehr zwischen »falschen« und »emanzipativen« Bedürfnissen unterschieden werden (vgl. S. 115).

Das Soziologie-Kapitel enthält unter anderem eine wichtige und aktuelle Kritik an dem – nicht nur postmodernen – Theorem der Auflösung der Gesellschaft. Analysiert wird die in den etablierten Sozialwissenschaften weitverbreitete Tendenz, Gesellschaft mehr oder weniger ausschließlich als eklektizistisches Konglomerat diverser »Ausdifferenzierungen«, »Eigengesetzlichkeiten« oder mit einem »Ei-

gensinn« ausgestatteter Logiken zu verstehen. Die Alternative dazu kann natürlich nicht eine derartige Tendenzen nivellierende Vorstellung von Gesellschaft als unterschiedsloser Homogenität sein. Deutlich bezieht Seppmann Front gegen einen reduktionistisch verfahrenen ökonomischen Determinismus (vgl. S. 125), Teilsysteme besitzen durchaus eigene Qualitäten und Geltungsansprüche. Nur ist die theoretische Würdigung dieser Spezifik mit der Verpflichtung zur konkreten Analyse der Beziehung von Eigenständigkeit und Vermitteltheit (vgl. S. 126) verbunden. Die relative Eigengesetzlichkeit sozialer Sphären bedeutet nicht automatisch ihre »Gleichrangigkeit« im Sinne einer »gleichartige(n) soziale(n) Wirksamkeit« (S. 125) und darf nicht vergessen machen, daß die »totalisierende Tendenz der kapitalistischen Reproduktionsdynamik ein antagonistisches Widerspruchsprinzip zu den Entwicklungsprinzipien und Geltungsansprüchen der nicht-ökonomischen Teilbereiche des gesellschaftlichen Lebens« (S. 127) darstellt. Das der Moral eigene Oppositionspotential beispielsweise kann den normierenden Druck der Verwertungsrationale nicht außer Kraft setzen. Jede beliebige Sphäre ist so oder so in den bestehenden Macht- und Verwertungskontext eingebunden. Anregend sind auch die Überlegungen zur viel diskutierten Problematik eines sozialen bzw. eines steuernden »Zentrums« bürgerlicher Gesellschaften (vgl. S. 207ff.).

Hervorzuheben sind auch Seppmanns Bemühungen um einen Beitrag zur Klärung der theoretischen bzw. normativen Grundlagen Marxscher Gesellschaftskritik als Gegenposition zum postmodernen Credo normativer Beliebigkeit und Orientierungslosigkeit (S. 290).

Seppmann geht in zwei Schritten vor. Radikale Analyse- und Kritikfähigkeit setze nicht nur gesellschaftstheoretische Kompetenz, sondern profilierte Vorstellungen über die qualitativen Dimensionen menschlicher Vergesellschaftung und über gattungsspezifische Entwicklungspotentiale voraus. »Die Zuspitzung des Denkens auf die gattungsspezifische Charakteristik der menschlichen Existenz ist notwendig, um eine Vorstellung davon entwickeln zu können, welche Bedürfnisse und Zielsetzungen der humanen Selbstverwirklichung dienen, aber auch, welche sozialen Organisationsformen den menschlichen Ele-

mentarinteressen und Entwicklungsmöglichkeiten angemessen und damit erstrebenswert sind... Selbstverwirklichungsbedürfnisse und gattungsspezifische Geltungsansprüche bilden die irreversible Basis der menschlichen Handlungsintention, auch wenn sie in der Alltagspraxis von fremden Interessen und verdinglichten Verwertungsgesichtspunkten überlagert sind« (S. 151).

Seppmann bezieht sich bei dieser Sichtweise ausdrücklich auf Leo Kofler, kann jedoch mit gleicher Berechtigung an Marx erinnern: »Es geht in letzter Konsequenz um die von Marx im ›Kapital‹ gestellte Frage, welche Gesellschaftsformation die der ›menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen‹ zu schaffen in der Lage ist« (S.151, 153; vgl. MEW, Bd. 25, S. 828).

Konkret begründe Marx die normativen Maßstäbe der Kapitalismuskritik in seiner »nicht-ökonomistisch konzipierten Werttheorie«. Nicht eine »abstrakte Objektivität von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen« mache die »Substanz« der Gesellschaft und Geschichte aus sondern das »tätige Verhalten der Subjekte zur Realität«, die wirklichen Menschen in Auseinandersetzung mit ihren Lebensverhältnissen. Bezogen auf die Gegenwart bedeute dies, daß die »gesellschaftliche Dynamik ... nicht von Kapital als dem Ausdruck klassengesellschaftlich strukturierter toter Arbeit, sondern vom lebendigen (Arbeits-)Handeln« ausgehe. »Weil die lebendige proletarische Arbeit der wesentliche Faktor der Wertbildung ist, kann das Kollektiv der Arbeiterinnen und Arbeiter Ansprüche auf Verfügungsgewalt über das Mehrprodukt erheben und Selbstbestimmungsperspektiven durch Selbstorganisation formulieren« (S. 107f.).

Seppmann ist sich bewußt, mit diesen Positionen in ebenso dringliche wie offene Selbstverständigungsprozesse einzugreifen. Es bedeutet nicht, in Resignation zu verfallen, wenn man sich grundsätzlich mit der Frage nach einer sinnvollen Veränderungsperspektive auseinandersetzt (vgl. S. 286). Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Neuformierung eines Emanzipationsprojektes (vgl. S. 288).

Durchgängig ist das Bestreben, dem Phänomen »Postmoderne« auf differenzierte Weise Rechnung zu tragen, seine Einbettung in die

Ideologiegeschichte sowie Querverbindungen zu Positivismus, Irrationalismus, Neokonservatismus oder Neoliberalismus zu zeigen und Berührungspunkte zum »normalen« Wissenschaftsbetrieb deutlich werden zu lassen. Zu präzisieren wären allerdings Aussagen zur Beziehung des Postmodernismus zu den »aggressivsten Varianten des traditionellen Irrationalismus« (S. 269) in Deutschland.

Zu wünschen wäre ferner, daß die essayistische Form mit einer stärkeren Strukturierung und Systematisierung verbunden würde. Dann könnten sicher einige Wiederholungen vermieden werden. Auch haben sich leider eine Anzahl redaktioneller Unsauberkeiten eingeschlichen. Daß auf Quellenangaben verzichtet wurde, halte ich nicht für einen Vorzug.

ERICH HAHN

**Jacques Derrida:**  
**Politik der Freundschaft,**  
 Suhrkamp Verlag Frankfurt/M.  
 2000, 491 S. (88,00 DM)

In den letzten zehn Jahren publizierte Jacques Derrida eine Reihe von Büchern, die sich mit Fragen der Ethik, des Sozialen, dem Recht und der Politik beschäftigen. Die herausragendsten unter ihnen sind »Marx' Gespenster« (1995), »Gesetzeskraft« (1991) und das soeben auf deutsch erschienene Werk »Politik der Freundschaft«, das hier im folgenden vorgestellt wird.

Das Buch beginnt mit dem Satz »O Freunde, es gibt keinen Freund«. Ein Ausruf oder Appell, der am Anfang einer ganzen Tradition philosophischer, politischer und literarischer Texte steht und auf den sich so unterschiedliche Denker wie Montaigne, Aristoteles, Cicero, Nietzsche, Carl Schmitt, Kant und Blanchot beziehen.

Ausgehend von diesem Satz eröffnet Derrida eine dekonstruktive Lektüre der Opposition von Freund- und Feindschaft, wie sie im Begriff des Politischen und der Philosophie angelegt ist. In der gesamten westlichen Tradition des Verständnisses von Politik, so eine grundlegende Hypothese, dominiere ein Modell der Freundschaft, in dem die Gestalt des Freundes in den Zügen des Bruders wiederkehre und somit unmittelbar einer familiären,

fraternalistischen, naturalistischen und androzentrischen Konfiguration des Politischen anzugehören scheine (vgl. S. 10).

Allgemeiner ausgedrückt: In der Genealogie des Politischen zeigt sich, daß in der vorherrschenden Konzeption des Politischen wie in derjenigen der Freundschaft auf einen Schematismus der Abstammung, der Herkunft, des Geschlechts, der Art, des Blut und Bodens, der Natur und der Nation zurückgegriffen wird. Die in diesem Buch versammelten Lektüren versuchen, dieses Modell der Abstammung in Frage zu stellen und – ausgehend von einem an dem französischen Philosophen Emmanuel Lévinas orientierten Begriff des singulären Anderen – einen neuen Begriff des Politischen und einer zukünftig noch zu erschaffenden (>zu-kommenden<) Demokratie zu entwickeln.

Trotz des hohen Einsatzes, den eine dekonstruktive Lektüre der abendländischen Tradition des Politischen augenscheinlich impliziert, geht es Derrida, wie er mehrfach betont, nicht darum, das aufklärerische Ideal der Emanzipation und der Befreiung für veraltet zu erklären (vgl. S. 409). Vielmehr will er die Fragen der Politik, der politischen Entscheidung und die einer zu-kommenden Demokratie neu stellen und mit einer neuen Begrifflichkeit jenseits der Schemata der Abstammung ins Werk setzen.

Die fraternité gilt seit Aristoteles über die Französische Revolution bis hin zu Schmitt als eine Grunderfordernis einer guten Republik; eine Brüderlichkeit, die zum Blutsband stilisiert und naturalisiert, aus Einzelindividuen ein idealistisches Ganzes macht. Eine solche natürliche Fraternität, genauso wie die von anderen Naturkategorien abgeleiteten Sekundärbegriffe wie Gemeinschaft, Nation, Grenzen oder Kultur, sind nach Derrida Ergebnis performativer Setzungen, die abhängig sind von Konventionen, von der Sprache und Grenzziehungen. Die Problematik solcher Konventionen oder Kategorien wie Brüderlichkeit liegt aber nicht nur darin, daß sie durch Naturalisierung und Produktion kohärenter Identitäten Differenzen zwischen angeblichen identischen Entitäten verdecken. Ebenso problematisch ist auch die Erzeugung von Hierarchien zwischen ihnen: zwischen Brüdern und Schwestern, Staatsangehörigen

und Ausländern und zwischen Freunden und Feinden. So ist es nicht verwunderlich, daß im Mittelpunkt der Lektüre und Kritik von Derrida das Politikverständnis Carl Schmitts steht, welches die politische Beziehung als eine im wesentlichen gegnerische Beziehung zwischen Freund und Feind definiert. Derrida entwickelt eine minutiöse Infragestellung des Schmittschen Unterfangens, seiner Vorannahmen, seiner diskursiven Strategie, seiner Verankerung im europäischen Recht, seiner oppositionellen Logik und seines dezisionistischen Denkens, der Souveränität und des Ausnahmezustands. Ziel dieser Demontierung des Schmitt angelehnten Diskurses ist eine Schärfung eines neuen politischen Denkens.

Wodurch wird aber solch ein neues politisches Denken geleitet? Wie wird es ins Werk gesetzt? Wo eröffnet sich dieses Neue des Politischen?

Schon in »Gesetzeskraft« leitete Derrida seinen Begriff der Gerechtigkeit von der »Erfahrung« einer unendlichen Verantwortlichkeit gegenüber des singulären Anderen ab, wie sie Emmanuel Lévinas phänomenologisch herausgearbeitet hat. Diese Gerechtigkeit, die nicht das Recht ist, liegt nach Derrida außerhalb jeglicher Dekonstruierbarkeit, eröffnet die Möglichkeit für Dekonstruktion und ist die »Erfahrung«, die einen, als passive Entscheidung vom absolut Anderen eingesetzt (vgl. S. 311), in die Politik führt. Wegen dieser singulären Andersheit ist es nötig, zu dekonstruieren, den Anderen von den zugeschriebenen entitätischen oder *genetischen* Identitäten zu lösen und als Anderen (gastfreundlich) zu empfangen. Noch vor (zeitlich und räumlich) einer Freund/Feind-Opposition steht dieser Empfang des Anderen, diese ganz andere, asymmetrische Art von Freundschaft jenseits des reziproken Prinzips der Brüderlichkeit. Sie erfordert nach Derrida eine neue Sprache der Politik (vgl. S. 408) jenseits der Schemata der Abstammung und des Androzentrismus.

Wenn man sich nun fragt, welche politische Form zur Verwirklichung dieser Gerechtigkeit am geeignetsten sei, lautet Derridas Antwort: die Demokratie. Aber, und das ist entscheidend, keine Demokratie, die behauptet, im Hier und Jetzt Gerechtigkeit zu verkörpern oder zu verwirklichen, keine Apologie einer bestehenden liberalen Demokratie, sondern



eine Demokratie, die von einer Gerechtigkeit, die im Kommen ist, geleitet wird, dem, was Derrida eine Demokratie nennt, die *im Kommen* bleibt. Also eine Demokratie, die sich ständig verbessert und die niemals in der Zukunft behaupten kann, gegenwärtig zu sein. Dieser zwangsläufig nie endende Prozeß geschieht nach Derrida (oder sollte geschehen) im einzigartigen Ereignis des Engagements im Hier und Jetzt. Insofern gibt es für Derrida die Pflicht zur Achtung und Verantwortung der absoluten Singularität *und* zum Widerstand gegen Rassismus, Nationalismus, Fremdenhaß und Neoliberalismus.

»Politik der Freundschaft« ist sicherlich ein Werk, das neue politische Wege beschreiten will, die zu einer gerechteren Welt führen. Seine aktuelle Brisanz erfährt dieses Buch durch die Suche nach einem anderen Begriff des Politischen, einer anderen Sprache der Politik, der Verbindung von Dekonstruktion und Demokratie und seiner Verankerung in der Verantwortung gegenüber jedweder singulären Andersheit.

Schwierigkeiten der Lektüre dieses Werkes liegen darin, daß für das Verständnis der Derridaschen Position eine Relektüre der Philosophie Lévinas' oder ein Blick in Derridas Buch »Adieu. Nachruf auf Emmanuel Lévinas« (1999) vonnöten wäre, um leichter Derridas Denkwege mitvollziehen zu können.

Die größte Schwierigkeit bereitet es jedoch, sich politische Formen, Aktionen und Akteure vorzustellen, die der neu formulierten »Politik der Freundschaft« Rechnung tragen. Allein, wie Derrida, auf eine neue Sprache, die Dekonstruktion und einer »Neuen Internationalen« zu insistieren, wird wohl nicht genügen, den Ansprüchen Derridas von Widerstands gegen Rassismus, Nationalismus, Androzentrismus, Naturalisierungen und Neoliberalismus in der Praxis gerecht zu werden. Hier müßte man einerseits aufzeigen, in welchen praktischen, politischen und sozialen Bewegungen, ethisch – politischen Theorien und demokratietheoretischen Entwürfen der Prozeß zu einer zu-kommenden Demokratie angelegt ist oder vorbereitet wird; und andererseits, wie die Dekonstruktion von Formen der Abstammung, kohärenter Identitäten und Grenzziehungen mit diesen Konzeptionen einhergeht.

STEPHAN MOEBIUS

Susanne Höser,  
Richard Scherer:  
Wir hatten Hoffnung  
auf eine Demokratie.  
Rostocker Protestanten  
im Herbst '89.  
Talheimer Sammlung  
kritisches Wissen. Band 27,  
Talheimer Verlag Talheim 2000  
307 S. (44 DM)

Autorin und Autor bringen überraschend eine neue Anschaulichkeit in die vielen Darstellungen des Rostocker Herbstes 1989 – und das durchaus mit theoretischer Reflexion, aber »Theorie« bedeutet eben auch »Schau«.

Das Verfasserteam läßt viele Menschen in Interviews zu Worte kommen. Höser hat vierzig Personen jeweils mehrstündig befragt, die Interviews ausgewertet und sechzehn Beiträge aus dem Fundus abgedruckt.

Der in Baden-Württemberg gebürtige Religionssoziologe Scherer, seit Jahren in Mecklenburg-Vorpommern lebend, setzt sich eingangs kritisch mit einer Haltung auseinander, die er auf den Satz komprimiert: »Vom Herbst bleibt übrig das Ende der DDR« (15). Diese unhistorische Reduktion passiert seiner Meinung nach dadurch, daß das westliche System zur Norm der Entwicklung gesetzt wird. Aufgrund des empirischen Materials arbeitet er die tatsächlichen Erfahrungen einer eigenwüchsigen Demokratie heraus.

Da das Buch dem protestantischen Beitrag zur gesellschaftlichen Veränderung gewidmet ist, entwickelt er die Besonderheiten der Kultur des Protestantismus im Osten. Dabei fällt gegenüber der alten BRD die stärkere Eigenverantwortung der örtlichen evangelischen Kirchgemeinden ins Auge. Dazu kommt – anders als in der bisherigen Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) – eine Blickerweiterung durch Gruppen von Hauskreisen bis zu speziell ethisch orientierten Zusammenschlüssen. Dadurch war die evangelische Kirche auch in Rostock in der Lage, in den »Gottesdiensten zur Veränderung der Gesellschaft« in ihren Kirchen den wirklichen gesellschaftlichen Dialog zu führen und Anliegen der Bevölkerung auszusprechen beziehungsweise

Anliegen der Bevölkerung ein öffentliches Forum vor den Altären zu bieten, solange das Forum des Marktes noch anders dominiert war.

Die Güstrower Theologin Höser, in den achtziger Jahren Forschungsstudentin an der Theologischen Fakultät Rostock und später durch ein Stiftungsstipendium zu ihrer Untersuchung in der Lage, ist bestens vorbereitet, das Geschehen in den Rostocker Kirchen und die Vorstellungen den Trägerinnen und Trägern der Ereignisse nachzuzeichnen. Sie stellt das personelle Spektrum derjenigen dar, die Verantwortung zu übernehmen bereit waren. Erstmals werden Predigten, Gebete und Informationen der Gottesdienste ausführlich analysiert, vom schönen Aufbruch bis zur pragmatischen Anpassung an die Situation zum Beginn 1990.

Daß Höser und Scherer den Beitrag des Rostocker Protestantismus würdigen, bedeutet keine Konfessionalisierung, sondern gibt die tatsächlichen Verhältnisse wieder. Daran zu erinnern, ist angesichts des Verlustes an historischem Gedächtnis dringend nötig. Spuren waren zu sichern. Die Rostocker Evangelischen haben sich in verschiedenen Jahrhunderten mit dem Rathaus angelegt. Im 20. Jahrhundert haben sie das im Interesse des Gemeindegewesens getan und sich mit der Bevölkerung verbündet, die ihre Offenheit und ihre Leidenschaft für eine demokratische Erneuerung gern akzeptierte und dabei eigene Kräfte freisetzte.

JENS LANGER

**Klaus Ahlheim:**  
**Geschöntes Leben. Eine deutsche**  
**Wissenschaftskarriere,**  
**Offizin Verlag Hannover 2000,**  
**92. S. (**

Es ist nicht nur spannend zu erfahren, was Forschung zu Tage fördert, genauso spannend ist es oft, was sie über Jahrzehnte hinweg ignoriert. Zum Beispiel die Tatsache, daß es im Osten Deutschlands eine Entnazifizierung vor der Entnazifizierung gab. Alle wirklich Belasteten, die die Gelegenheit hatten, flohen bei Kriegsende vor den Sowjets. Diese Tatsache an sich ist natürlich bekannt, nur über ihre Folgen für die westdeutsche Gesellschaft wird

nicht geredet. Einer von denen, der noch wegkamen, heißt Dietrich von Oppen, gebürtig aus Eberswalde bei Berlin, SS-Mann seit 1. November 1933, Verfasser einer antislawisch und antisemitisch durchtränkten Dissertation (»Die Umvolkung in Westpreußen von der Reichsgründung bis zum Weltkrieg«, Innsbruck 1942). Über all das verbreitete sich von Oppen nach Kriegsende nicht mehr, er machte statt dessen Karriere, die ihn 1960 auf den Lehrstuhl für Sozialethik am Fachbereich Evangelische Theologie der Philipps-Universität zu Marburg führte.

Als 1967/68 kritische Studenten die Arbeiten ihrer Professoren aus der Nazizeit aufstöberten, blieb von Oppen verschont. Denn anders als die meisten seiner Kollegen galt er als liberal – und war dadurch unverdächtig.

Klaus Ahlheim (Jg. 1942), Professor für Erziehungswissenschaften in Essen, ist einer der vielen Schüler von Oppens. Er stieß eher zufällig auf die Vergangenheit seines Lehrers, und ließ sich mit deren Publizierung Zeit. Ein in der Tendenz eigentlich eher nachdenklicher Text lag ein Jahr lang bei einer Regionalzeitung, ehe die sich im Mai 1995 an die Veröffentlichung heranwagte.

Mehr als die eigentliche Dissertation (die von Oppen übrigens 1955 in »entnazifizierter« Form veröffentlicht hatte) kannte Ahlheim zu diesem Zeitpunkt nicht. Die Reaktion der feinen Marburger Gesellschaft ist das Spannende an Ahlheims Geschichte, nicht nur weil er sich nun getrieben sah, von Oppens ganze Geschichte freizulegen.

Wie da gezeugnet und (notfalls mit Kommunismusverdacht) verleumdet, zugestanden und im gleichen Atemzug wieder zurückgenommen wird, wie man sich die Bälle zuspielt – das ist allerliebste, von Ahlheim auch so aufgezeichnet. Er erzählt dieses Kabinettstück jedoch nicht als Anekdote; es gelingt ihm – und das macht die Broschüre ebenso lesens- wie empfehlenswert –, den Vorgang pars pro toto zu fassen. Es hat sich in den westdeutschen Eliten eine Sozialtechnik des »abwehrenden Akzeptierens« (S. 25) bei der Bewertung von Verhalten in der Nazizeit herausgebildet. Sie eine Art Persilschein der neunziger Jahre. Mit ihr läßt sich vieles zugeben und zugleich entschuldigen. Wie es geht – siehe bei Ahlheim.

JÖRN SCHÜTRUMPF